

„Offenburg will Fehltritt der Landesregierung ausbügeln“

Ausklammerung Ortenbergs war das beherrschende Thema beim kommunalpolitischen Ausspracheabend der CDU

„Die Stadt Offenburg wird sich mit der Abtrennung Ortenbergs niemals einverstanden erklären.“ Diese Mitteilung machte am Dienstagabend Oberbürgermeister Karl Heitz bei einer kommunalpolitischen Aussprache des CDU-Stadtverbandes im Altenheim Heilig Kreuz. „Wir haben alle notwendigen Schritte unternommen, um diesen Fauxpas der Landesregierung wieder auszubügeln“, führte OB Heitz aus. Der Vorschlag der Landesregierung habe in der ganzen Region größte Überraschung hervorgerufen. „Mit Recht“, sagte Heitz. Er verlas die Resolution des CDU-Stadtverbandes, in der die Sonderbehandlung Ortenbergs als unbegründet und als Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zurückgewiesen wird. Diese Entscheidung, so OB Heitz, werde sicher auch Grundlage der CDU-Fraktion bei den Stadtratsberatungen sein. Sie werde nach seiner Ansicht von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung geteilt. Keine der anderen Gemeinden, die sich Offenburg bereits angeschlossen haben, unterscheidet sich wesentlich von Ortenberg. Man müsse kein gelernter Planer sein, um zu erkennen, daß Ortenberg in einen Kranz von Gemeinden eingebettet ist, die das Herz der Ortenau bilden. Er wies darauf hin, daß 651 Ortenberger täglich in Offenburg ihrer Arbeit nachgehen (52,7 Prozent) und rund 100 Kinder die weiterführenden Schulen besuchen.

Zu dem von Bürgermeister Litterst angeführten Schuldenvergleich meinte er: „Für einen armen Mann bedeuten 100 Mark einen unüberschaubaren Berg, ein Reicher brauche sich dagegen über eine Million DM Schulden keine grauen Haare wachsen zu lassen.“ Zu dem in einem Leserbrief geäußerten Vorwurf, er wolle sich „schon zu Lebzeiten ein Denkmal für die Zukunft setzen“, erklärte Heitz: „Erstens bin ich grundsätzlich gegen Denkmäler und außerdem gegen solche für mich.“ Wollte er sich ein Denkmal setzen, so wäre dies nach 24 Jahren Dienstzeit reichlich spät.

Die Bildung größerer Gemeinden sei heute einfach eine Notwendigkeit, wenn man den Anforderungen der jüngeren Generation gerecht werden wolle. Der Wandel der Gemeindestrukturen habe zur Folge, daß die Orte rund um Offenburg immer mehr zu Wohnquartieren der in der Kreisstadt arbeitenden Bevölkerung werden. Erneut brach Heitz eine Lanze für die Ortschaftsverfassung. Sie habe eine echte Lücke geschlossen und den Umlandgemeinden die Möglichkeit eröffnet, sich in Würde und Anstand mit Offenburg zu vereinen. Von den zwölf Umlandgemeinden im Verflechtungsbereich Offenburgs hätten sich neun in einer Bürgeranhörung mit klarer Mehrheit für Offenburg entschieden. Entgegen allen Unkenrufen sei dieses Vorhaben geglückt. Er könne sich, so Heitz, auf Bürger aller Gemeinden berufen, daß sie den heutigen Zustand nicht mehr ändern woll-

ten. Die Stadtverwaltung habe sich viel Mühe gegeben. „Aber wir haben Erfolg, und es ist bisher kein einziger nennenswerter Widerstand der früheren Gegner spürbar geworden“. Im Gegenteil, man habe die früheren Widersacher dank des Fortschritts sogar gewinnen können.

Drei Gemeinden, Ortenberg, Windschlag und Bohlsbach, genauso verflochten mit dem Offenburg-Bereich wie die anderen, beharrten darauf, es auf die gesetzliche Regelung ankommen zu lassen. Heitz rechnet damit, daß diese Regelung zum 1. 1. 1975 Rechtskraft erlangen werde. Sofern in der Verbindlichkeitserklärung der Landesregierung Bohlsbach und Windschlag weiterhin Offenburg zugeordnet bleiben, könnten diese Gemeinden allerdings bis zur gesetzlichen Regelung immer noch freiwillig

Offenburg muß aufpassen!

Die Regionalreform könnte für Offenburg recht unangenehme Folgen nach sich ziehen. OB Heitz kam auf dieses Thema beim kommunalpolitischen Ausspracheabend der CDU zu sprechen. Er plädierte für eine reine Planungsfunktion der Region, keinesfalls für eine Verwaltungsfunktion, weil sonst Freiburg zu viele oder alle Ämter an sich ziehen könnte. „Wir müssen deshalb sehr aufpassen, daß uns nicht auf diesem Weg der Zentralitätsgewinn als Kreisstadt verloren geht und wir wegen jeder Kleinigkeit nach Freiburg müssen.“ Gemeint waren hier vor allem das Staatliche Hochbauamt, das Landwirtschaftsamt und das Staatliche Schulamt. Gerade unter diesem Aspekt hob er auf die Bedeutung der Kreistagswahlen ab, da der Ortenaukreis 20 Regionalvertreter nach Freiburg entsenden wird. Videant consules!

lig mit Offenburg auf der Basis der Ortschaftsverfassung zusammengehen.

Die Gemeindereform beherrschte in starkem Maße auch die Diskussion. OB Heitz verwies auf die andere Situation bei den Teilverwaltungsräumen Schutterwald, Hohberg und Durbach-Ebersweier, da diese bevölkerungsmäßig wesentlich größer seien und die Stadt auf sie bewußt verzichtet habe. „Wir wollen nur das haben, was im engsten Kreis von Offenburg zusammeng gehört.“ Doch auch im Kassen-, Rechnungs- und Bauwesen seien diese Teilverwaltungsräume auf eine Zusammenarbeit mit der Stadt angewiesen. Das Beispiel Kehls wurde erwähnt. Wie sich wohl in diesem Bereich, der von Zierolshofen bis Hohnhürst (eine Distanz von

30 km) reicht, mit der Zielplanung für Ortenberg vereinbaren läßt.

Weitere Einsprüche zu erwarten

Zur Frage, was die Landesregierung zur Ausnahmeregelung für Ortenberg bewegen habe, wollte Heitz im Augenblick nichts sagen. Eine mögliche Änderung der Zielplanung bejahte er mit dem Hinweis, daß eine Reihe weiterer Einsprüche zu erwarten seien. Denn was Ortenberg recht ist, könne anderen Gemeinden in einer ähnlichen Situation nur billig sein.

Die Anfrage von Baudirektor Eidel, ob er künftig mehrere Dienstherren über sich haben werde, wenn die Teilverwaltungsräume Wirklichkeit werden, erklärte Heitz, dieses Problem beinhalte tatsächliche und rechtliche Schwierigkeiten. Landgerichtsrat Fehringer riet, Landes- und Bundespolitiker einzuschalten. Vorsitzender Vetter verwies darauf, daß die CDU diesem Wunsch bis hinauf zur Landesregierung Rechnung trage.

Wie sehr sich die Stadt Offenburg auf dem Bildungssektor engagiert hat, ging aus folgender Bilanz des Oberbürgermeisters hervor: In der Kreisstadt werden 15 000 Schüler aus Offenburg und den Nachbargemeinden unterrichtet, wobei besonders die Trägerschaft für Lehrmittel stark zu Buche schlägt. Sorgen bereitet der enorm steigende Übertritt in Real- und andere weiterführende Schulen (in Offenburg allein 75 Prozent der Viertkläßler). Für Schulhausbauten wurden seit Kriegsende bis zur Fertigstellung des erweiterten Schiller-Gymnasiums zum 1. September 1974 52 Millionen DM ausgegeben. „Es gibt nicht viele Städte in unserer Größenordnung, die eine ähnliche Liste vorlegen können“, meinte der OB.

Für Straßenbauten wurden von 1950 bis 1972 39 Millionen DM ausgegeben, hinzu kommen 1973 weitere vier Millionen DM. Die Modernisierung des Krankenhauses verschlingt einschließlich 1973 23 Millionen DM.

Zum Abschluß stellte Ortsvorsitzender Vetter die Kreistagskandidaten des Wahlkreises Offenburg vor. Ein Anliegen der Bewerber aus den neuen Stadtteilen war es, aus ihrem Kreis den einen oder anderen ins Kreisparlament zu bringen. Gerade die noch abseitsstehenden Umlandgemeinden würden darauf achten. „Auch wir wollen diesen Ortenaukreis selbstbewußt vertreten, da seit den Zusammenschlüssen fruchtbare Arbeit geleistet wurde“, erklärte Kandidat Weisser.

CDU-Fraktionsvorsitzender im Kreistag, Dr. Fuchs, hielt es für keine gute Sache, wenn nunmehr in der FDP gesagt werde, im Kreistag müsse die sozial-liberale Koalition gestärkt werden. Die CDU habe sich stets in allen Fragen bemüht, mit den anderen Fraktionen im Gespräch zu bleiben.